Stand: 05.11.2025 11:22:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18658

"Evaluation der Zentralen Ausländerbehörden"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/18658 vom 19.10.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20067 des VF vom 05.12.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/20480 vom 30.01.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 30.01.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

19.10.2017 Drucksache 17/18658

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Evaluation der Zentralen Ausländerbehörden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zentralen Ausländerbehörden zu evaluieren und über die Ergebnisse zu berichten.

Insbesondere soll dabei auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Vorgesehene Vollzeitäquivalente und derzeit tatsächliche Besetzung der Stellen in den einzelnen zentralen Ausländerbehörden.
- vorhandene Qualifikationen der Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter und durchgeführte sowie angebotene Fortbildungsmaßnahmen,
- Qualitätsmanagement,
- Regelungen zum Einsatz von Dolmetscherinnen bzw. Dolmetschern sowie Verbesserungsmöglichkeiten,
- Kundenkontakt und Kundenorientierung,
- Bearbeitungszeiten beispielsweise bei Genehmigung von Ausbildungsverträgen,
- Terminkoordinierung, auch im Hinblick auf teilweise erhebliche Anfahrtszeiten und Kosten der Geflüchteten.
- Kostenersatzregelungen bei den Anfahrtskosten,
- Vereinfachung oder Erschwernis der Arbeit der Ausländerbehörden durch die Einführung der zentralen Ausländerbehörden, Zeitverluste durch vermeidbare Überstellungen von Akten zwischen den Behörden oder einzelnen Dienststellen,
- Beratungsangebote über Optionen zur freiwilligen Rückreise oder eine verbesserte Zusammenarbeit der zentralen Ausländerbehörden mit Rückkehrberatungsstellen.

Begründung:

Durch den erweiterten Aufbau der Zentralen Ausländerbehörden sollten nach Vorstellung der Staatsregierung die Kreisverwaltungsbehörden entlastet werden. In der Praxis zeigen sich jedoch viele Reibungs- und Zeitverluste. Ein Teil der erforderlichen Stellen ist weiterhin nicht besetzt. Kreisverwaltungsbehörden sind besser in lokale Möglichkeiten, Integration zu fördern, eingebunden und sind zudem oft näher an der Lebensrealität der Geflüchteten im Landkreis dran. Mit der Verlagerung der Aufgaben auf die Zentralen Ausländerbehörden kam es infolgedessen zu einer schlechteren Förderung von Integrationsmaßnahmen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Geflüchtete wegen einer einfachen Duldungsverlängerung von vier Wochen mehrstündige An- und Abfahrten zurücklegen müssen und die Kosten für die langen Anfahrten wiederum allenfalls bei den regionalen Sozialämtern erstattet werden können.

Bisweilen müssen Geflüchtete zu den Zentralen Ausländerbehörden anreisen, nur um einen Antrag an der Pforte abzugeben, ohne überhaupt ein persönliches Gespräch mit den zuständigen Sachbearbeitern geführt zu haben. Oft können auch Entscheidungen nicht getroffen werden, weil die Akten von der Zentralen Ausländerbehörde zur Ausländerbehörde oder andersherum unterwegs sind. Persönliche Gespräche vor Ort zeigten den Missstand auf, dass scheinbar bis zu zwei Wochen vergehen können, bis Akten an die Zielbehörde oder Dienststelle übersandt werden. Diejenigen, die eine Arbeitserlaubnis haben, verlieren seit der Umorganisation immer wieder ganze Arbeitstage.

Immer wieder verlieren Geflüchtete nach ihrer Überstellung an die Zentrale Ausländerbehörde ihre Arbeitserlaubnis. Einen Bericht mit Zahlen und Fakten darüber zu erhalten, wie viele der Geflüchteten arbeiten dürfen und wie viele nicht, ist jedoch weiterhin laut Aussage der Staatsregierung nicht möglich. Inwiefern die Zentralen Ausländerbehörden eine Rückkehrberatung anbieten und inwieweit sie mit den Rückkehrberatungsstellen zusammenarbeiten, bleibt unklar.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/20067 05.12.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/18658

Evaluation der Zentralen Ausländerbehörden

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Ulrike Gote** Mitberichterstatter: Karl Straub

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 16. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 5. Dezember 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.01.2018 Drucksache 17/20480

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/18658, 17/20067

Evaluation der Zentralen Ausländerbehörden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Die Nummer 17 der Anlage ist von der Abstimmung ausgenommen. Dies ist der Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte" auf Drucksache 17/18801, der auf Wunsch der SPD-Fraktion gesondert beraten werden soll. – Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktionen FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union,

COM (2017) 772 final,

BR-Drs. 756/17

Drs. 17/20056, 17/20302 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		Α

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds,

COM(2017) 827 final,

BR-Drs. 750/17

Drs. 17/20057, 17/20303 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Α

zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

3.	Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Subsidiarität Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union,				
	COM(2017) 797 final, BR-Drs. 777/17 Drs. 17/20058, 17/203	04 (G)			
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		A		A	
Antr	äge				
4.	Antrag der Abgeordner Verena Osgyan u. a. u Lehrbeauftragte an Ho Für eine faire Vergütur Drs. 17/18322, 17/195	ind Fraktion (BÜNDNIS ochschulen besserstelle ng	S 90/DIĔ GRÜNEN)		
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen II – Interessenvertretung und Mitbestimmung ermöglichen Drs. 17/18323, 17/19519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

Anlage 1
zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

6.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen III – Dauerstellen für Daueraufgaben Drs. 17/18324, 17/19520 (A)				
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
7.	Antrag der Abgeordner Verena Osgyan u. a. u Lehrbeauftragte an Ho Aufstiegs- und Entwick Drs. 17/18325, 17/195	nd Fraktion (BÜNDNIS chschulen besserstelle dungschancen ermögli	S 90/DIĚ GRÜNEN) en IV –		
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
8.	Antrag der Abgeordner Natascha Kohnen u. a Bürger vor Krankheit s Drs. 17/17857, 17/199	. SPD chützen – Lärm durch		reduzieren	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
9.	Antrag der Abgeordner Thomas Mütze u. a. ur Evaluation der Novelle Drs. 17/18334, 17/199	nd Fraktion (BÜNDNIS der Handwerksordnu	90/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

Anlage 1
zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

10.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Runder Tisch stationärer Einzelhandel Drs. 17/18336, 17/19970 (A)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	ENTH	Z	
11.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Der Wertschätzung Ausdruck verleihen – Ein Rentenfonds für Lehrbeauftragte an bayerischen Hochschulen Drs. 17/18400, 17/19522 (A)				
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z			
12.	und Fraktion (FREIE WÄHLER) Erhöhung von Serviceorientierung und Bürgernähe – Ausbau "Bürgerservice Justiz" Drs. 17/18452, 17/19599 (A)				
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
13.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für eine aktive Erinnerungskultur: Rolle und Bedeutung der Zwangsarbeiter in Bayern Drs. 17/18497, 17/19523 (E) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

14.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Evaluation der Zentralen Ausländerbehörden
	Drs. 17/18658, 17/20067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Zentrum Bayern Familie und Soziales zukunftsfest ausstatten Drs. 17/18711, 17/19587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u. a. CSU Kooperationsprojekt "Silphie" Drs. 17/18786, 17/19592 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold u. a. SPD Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte Drs. 17/18801, 17/20066 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der Antrag wird gesondert beraten

zur 122. Vollsitzung am 30. Januar 2018

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Plastikmüll vermeiden – Das Projekt "Refill Deutschland" in Bayern fördern und unterstützen Drs. 17/19096, 17/19750 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u. a. CSU Änderung bei Vorortkontrollen / Cross Compliance-Kontrollen Drs. 17/19210, 17/19746 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z